

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/129

Bad Godesberg, den 11. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Zusammenarbeit Frankreich - Deutschland ----- Ergebnis einer Umfrage bei französischen Abgeordneten	61
1a	Ludwig Diederich † ----- Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Brüssel	22
2	Sondersitzung des Bundestages ? ----- Die Gesetze müssen dem Parlament vorliegen Vor Wolfgang Jansen	41
3 - 4	Sozialtourismus in der Schweiz ----- Reisehilfen auch für sozial schwache Kreise	66

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Sorgen der Flüchtlinge aus Mittelddeutschland
Rechtliche Argumente nicht unterschätzen
Um ein neues Volksgruppenrecht ringen
Aussiedlungswillige sollen zurückgehalten werden
Dumpingpreise in Osteuropa ?
Hilfe für Flüchtlinge im Nahen Osten
93 Zeitungen aus 31 ostdeutschen Städten
Sudetendeutscher Botschafter in Schweden
Musikpreis für Günter Bialas

* * *

Zusammenarbeit Frankreich - Deutschland

Ergebnis einer Umfrage bei französischen Abgeordneten

G. M. - Widersprüchliche Äußerungen und Kommentare zu Fragen der deutsch-französischen Zusammenarbeit haben in letzter Zeit eine gewisse Unsicherheit erzeugt. Wie Staatspräsident de Gaulle und sein Außenminister Couve de Murville über den Beitritt Großbritanniens zur EWG denken und welche Auffassung die Bundesregierung hierzu hat, weiß man inzwischen. Sicher wird auch dieses Thema anlässlich des Besuchs des französischen Staatspräsidenten in Bonn eine Rolle spielen.

Weniger bekannt dagegen ist das Ergebnis einer Umfrage des CERCLE DE TRAVAIL FRANCO-ALLEMAND bei den Abgeordneten der französischen Nationalversammlung, die sich darüber äußern sollten, ob sie für eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland sind. Falls die Frage mit JA beantwortet wird, sollten die Abgeordneten sagen, auf welchen Gebieten sie eine verstärkte und besonders nützliche sowie erfolgversprechende Zusammenarbeit erblicken.

Die französische Nationalversammlung zählt, außer den 73 kommunistischen Abgeordneten, 404 Mitglieder. Davon haben 363 Abgeordnete die Fragen positiv beantwortet; an ihrer Spitze der Vorsitzende der gaullistischen Parlamentsfraktion, Henry Rey, und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Gaston Defferre. Zu den prominentesten gaullistischen Abgeordneten, die positiv auf die ihnen gestellten Fragen eingegangen sind, zählen u.a. die früheren Minister de Gaulles, Maurice Herzog und Edgard Pisani. Während die gaullistischen Abgeordneten individuell auf die Frage eingingen, hat Defferre im Namen sowohl der sozialdemokratischen Fraktion als auch in seiner Eigenschaft als Präsident der Fraktion der Linksdemokraten in der Nationalversammlung kurz und bündig geantwortet: "Alle Mitglieder (121 Abgeordnete) unserer Fraktion wünschen eine Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten."

Die Antwort des Fraktionsführers der Gaullisten, Henry Rey, verdient besondere Beachtung, weil aus ihr hervorgeht, daß die gaullistische Fraktion die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht als ein Exklusiv-Bündnis betrachtet. Sie - die Zusammenarbeit - soll im Gegenteil als ein Beispiel erscheinen, dem sich anzuschließen die anderen Partner eingeladen sind. Zusammenfassend sagt Rey:

- * "Die Erfahrungen der letzten neun Jahre des Gemeinsamen Marktes zeigen, daß dann, wenn Frankreich und Deutschland einig sind, der europäische Aufbau voranschreitet, während jede Uneinigkeit zwischen Paris und Bonn den europäischen Aufbau gefährdet."

Interessant ist auch, daß sich Rey für eine gemeinsame deutsch-französische Politik mit dem Ziele der deutschen Wiedervereinigung einsetzt. Andere gaullistische Abgeordnete fordern eine verstärkte

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Koordinierung der Außenpolitik. Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus sind sich gaullistische und sozialistische Abgeordnete darin einig, daß die europäische Integration, auch im politischen Sinne, angestrebt werden müsse, wobei vermieden werden sollte, "daß diese Zusammenarbeit von unseren Partnern als eine deutsch-französische Herrschaft über Europa interpretiert wird".

Aus den Antworten ist zu schließen, daß zahlreiche Abgeordnete der französischen Nationalversammlung von ihrer Regierung wünschen, sie möge den europäischen Zusammenschluß nicht hemmen, sondern fördern. In diesem Sinne wird von den Abgeordneten auch eine intensivere Zusammenarbeit der deutschen und französischen Parlamentarier auf breitester Ebene gefordert. Es ist kaum zweifelhaft, daß eine ähnliche Befragung deutscher Abgeordneter zu dem gleichen Ergebnis führen würde.

+ + +
Ludwig Diederich †

Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Brüssel

sp - Am vergangenen Wochenende verstarb nach kurzer schwerer Krankheit in Brüssel der langjährige Sozialreferent der Deutschen Botschaft, Ludwig Diederich. Der 1905 in Dresden geborene deutsche Diplomat gehörte zu den Wegbereitern der Verständigung der jungen deutschen Demokratie mit ihren westlichen Nachbarn. Seit 1952 wirkte er an der Deutschen Botschaft in Brüssel, nachdem er nach Kriegsende in Berlin führende Positionen in der sozialdemokratischen Presse bekleidet hatte.

Schon sehr früh ist der einstige Absolvent der Berliner Hochschule für Politik zur Sozialdemokratie gestoßen. Sein Elternhaus wies ihm auch den Weg zur großen Bewegung der deutschen Arbeiterschaft, in deren gewerkschaftlichen Organisationen er in der Weimarer Republik tätig war. Ludwig Diederich hatte sehr viele Freunde, nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa. Er gehörte mit zur ersten Gruppe der deutschen Sozialreferenten, die zu Beginn der fünfziger Jahre an den verschiedenen deutschen Botschaften in Europa und Amerika ihre Tätigkeit aufnahmen, um die so notwendigen und wichtigen Kontakte und Beziehungen auch auf der diplomatischen Ebene zu den Arbeitnehmerorganisationen unserer Nachbarländer aufzubauen.

Die SPD hat einen treuen Freund verloren, die Bundesrepublik Deutschland einen kenntnisreichen und unerschrocken wirkenden Mann.

+ + +

Sondersitzung des Bundestages?

Die Gesetze müssen dem Parlament vorliegen

Von Wolfgang Jansen

Man muß es der FDP lassen: Ihre Mitglieder hatten als erste die Idee, über die mittelfristige Finanzplanung und das Konjunkturprogramm der Bundesregierung eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages abhalten zu lassen. Je näher aber der Termin der Verabschiedung rückte, umso weniger hörte man von diesem Plan - vermutlich, weil ihre Urheber sich Gedanken über den Charakter einer solchen Sitzung machten.

Die mittelfristige Finanzplanung besteht nämlich ebenso wie das Konjunkturprogramm zunächst einmal aus Aufträgen an die Bundesressorts. Wer z.B. eine Einkommensgrenze beim Kindergeld einführen will, muß ein Gesetz zur Änderung des Kindergeldgesetzes vorlegen. Da derartige Gesetze erst erarbeitet werden müssen, hätte eine Sondersitzung des Bundestages nur in einer Erläuterung der Regierungsabsichten und grundsätzlicher Stellungnahmen der Fraktionen bestehen können, aus Erklärungen also, wie sie am vergangenen Freitag vor Presse und Fernsehen abgegeben wurden und auch weiter abgegeben werden.

Man kann dies für sinnvoll halten, man kann aber auch angesichts negativer Erfahrungen bei einem ähnlichen früheren Fall davon abraten. Die FDP jedenfalls schieg sich zunächst aus. Erst als fast sämtliche Erklärungen der Presse gegenüber abgegeben worden waren, forderte sie nun doch ihre Sondersitzung - für den Mittwoch dieser Woche. Eine solche Sondersitzung wäre allerdings nichts als eine traurige Reprise, ein kümmerliches Nachtarocken gewesen, weshalb sich die beiden großen Fraktionen dieser Absicht mit Recht versagten.

Etwas ganz anderes ist es, wenn eine Sondersitzung des Bundestages für den Zeitpunkt ins Auge gefaßt wird, zu dem die Ressorts ihre Gesetzentwürfe ausgearbeitet haben. Das Kabinett hat den Ministern den 5. August als Termin gestellt. Dabei geht es einmal um das Konjunkturprogramm, das gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ausgeführt werden soll. Dieses Gesetz sieht eine Einspruchsmöglichkeit sowohl des Bundesrates wie des Bundestages vor. Beide müssen sich also schlüssig werden, ob sie von diesem Einspruchsrecht Gebrauch machen wollen. Hinzu kommt, daß die deutsche Wirtschaft konkret wissen muß, womit sie im kommenden Jahr rechnen kann. Man kann die Wirtschaft nicht bis zum Dezember in Unklarheit über die Höhe der Umsatzsteuer lassen, die sie ab 1. Januar zu zahlen hat.

Zu diesen und ähnlichen die Wirtschaft betreffenden Fragen sollte so bald wie möglich - und das heißt, sobald die Gesetze vorliegen - Stellung genommen werden. Eine Sondersitzung in dieser Woche hingegen wäre nur Lärm um des Geräusches willen.

Sozialtourismus in der Schweiz

Reisehilfen auch für sozial schwache Kreise

Kein Einsichtiger kann daran zweifeln, daß dem Sozialtourismus die Zukunft gehört. Reisen und Ferien, einst das Vorrecht der begüterten Klasse, werden immer mehr zu einem Gemeingut, wenn auch nicht übersehen werden soll, daß große Teile des Volkes heute noch nicht in der Lage sind, Ferien auswärts zu machen oder gar Reisen zu unternehmen.

Sozialtourismus verlangt Organisation. Zwei Institutionen können vor allem als die Säulen des Sozialtourismus gelten. Es sind dies "Popularis Tours" und die "Schweizer Reiskasse". Beide Organisationen hielten dieser Tage ihre Generalversammlung ab und bewiesen einmal mehr, wie sehr sie sich für das Ziel: "Ferien für alle" verdient machen.

"Popularis Tours"

In Bern wurde den zahlreich erschienenen Genossenschaftlern, Gewerkschaftlern, Verkehrsfachleuten, Parlamentariern und Behördenmitgliedern von der erfreulichen Entwicklung der nun seit 21 Jahren bestehenden Popularis berichtet. Der Umsatz stieg im Jahre 1966 um 30,2 Prozent auf 44,3 Millionen Franken.

Ursprünglich aus der Schweizer Reiskasse hervorgegangen, will die Popularis den Reiseverkehr zwischen der Schweiz und dem Ausland pflegen und damit der Erholung und Bildung breiter Bevölkerungsschichten dienen. Besonderes Interesse erregte die Mitteilung, daß mit Beteiligung der Popularis an der toscanischen Küste ein neues grosses Feriencenter "Europa Fraterna" geplant wird, dessen Ausbaukosten auf eine Million Franken veranschlagt werden.

Das Feriendorf der Popularis "Golfo del Sole" erfreut sich weiterhin eines ausserordentlich regen Zuspruches. In diesem Sommer wird eine weitere Baustufe abgeschlossen. Allein im Raume des Feriendorfes "Golfo del Sole" hat die Popularis im letzten Jahr 9 500 Personen und 133 000 Logiernächte registriert.

Für "Bildungsreisen" als neue Formel des Sozialtourismus spricht die Tatsache, daß während einer Fahrt nach Montreal 240 Kurse abgehalten wurden, die über 13 000 Besucher aufwiesen. Andere Kreuzfahrten mit Bildungsprogramm galten im letzten Jahr dem Senegal, sowie Ägypten und Israel. Die Popularis konnte ihren Kreuzfahrtenverkehr im Berichts-

Jahr um 50 Prozent steigern.

Schweizerische Reisekasse

Zwischen der Popularis und der Reisekasse besteht insofern eine Arbeitsteilung, als sich die erstere dem Auslandsverkehr, die letztere dagegen vorwiegend dem Sozialtourismus in der Schweiz widmet. Nach einem Blick auf die Ausweitung des Fremdenverkehrs in der Nachkriegszeit, die auch in der Schweiz für absehbare Zeit eine weitere Steigerung erwarten läßt, konnte festgestellt werden, daß sich der Reisekasse neue Aufgaben stellen, wenn sie ihrem sozialen Ziel gerecht werden will. Nach wie vor steht die Pflege der Familienferien im Vordergrund. Im wesentlichen handelt es sich darum, die Aktionen unter Beibehaltung bisheriger Grundsätze und Richtlinien auszubauen. Hinzu tritt als weitere neue Aufgabe die Ferienbetreuung älterer Leute, Familienferien, Jugendferien und Altersferien: dies ist der Dreiklang, der das zukünftige Aktionsprogramm der Reisekasse zu beherrschen hat. Damit harmonisch erklingen kann, sind weit stärker, als es bereits geschah, Unterkunftsanlagen zu beschaffen und zu errichten. Die von der Reisekasse gewählte Formel, kleinere Feriensiedlungen an bereits existierenden Fremdenplätzen zu bauen, stellt eine glückliche Lösung dar, die geeignet erscheint, die gesteckten Ziele auf rascherem Wege als durch die Anlage grösserer Feriendörfer zu erreichen. Weitere Feriensiedlungen sollen in den Freiberger, im Wallis (bei Zinal) und später auch in der Innerschweiz errichtet werden.

Parallel zum Ausbau ihres weitmaschigen Verkaufnetzes vermochte die Reisekasse ihre Funktion als Zubringer für die Verkehrs- und Fremdenverkehrswirtschaft erneut zu steigern. Die vorgesparten und zweckgebundenen Millionenbeträge werden eines Tages in Ferien und Reisen umgewandelt. Erfahrungsgemäß werden dafür etwa 80 Prozent für Ferien und Reisen in der Schweiz verwendet, der Rest geht über die Berner Popularis, Reisebüros und Carbesitzer für Auslandsfahrten.

Beide Tagungen, die der Reisekasse wie der Popularis vermittelten den Eindruck, daß diese beiden Organisationen ausgezeichnete Instrumente des Sozialtourismus sind und alles daran setzen, um in raschen Wandel eines sich in voller Entfaltung befindlichen Gebietes stets auf der Höhe ihrer Aufgabe zu bleiben.